Z E 109
1916 : 8030

Deutsche Bücherei Leipzig

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 1. Sonnabend, den 1. Januar 1916. 20. Jahrgang.

Zum Jahreswechsel

senden wir den Verbandsmitgliedern die herzlichsten **Glückwünsche.** :: Dabei gedenken wir besonders derer, die so tapfer im Felde ihre Pflicht tun :: ::

Zentralvorstand :: Redaktion

Dem neuen Jahre.

Die klingen nur gedämpft die Stimmen
Der Wünsche, die die Heimat schuf;
Viel lauter tönt aus dieser grimmen
Jungjahresnacht des Krieges Ruf.

Der Ruf des Stahles und des Eisens
Hallt dir in stürmischem Begehr:
Sieg! Millionen Lippen preisen's
Von Macht zu Macht, von Heer zu Heer.

Aus Schützengräben, sternbeschienen,
Aus Sumpf und Wäldern, tiefverschneit,
Aus Trümmerhaufen und Ruinen
Dröhnt der gewalt'ge Ruf der Zeit.

Er klirrt aus blutbesprützten Degen
Und faucht aus Mörsern heiß und schwer,
Er flammt empor auf allen Wegen,
Von Flandern bis zum Roten Meer.

Da tönt unhörbar fast die Weise,
Die dich aus allen Ländern grüßt,
Ein Wunsch, der von den Lippen leise,
Und stark doch aus den Herzen fließt:

Daß, der zur Stunde noch verborgen
Im ungewissen Nebel liegt,
Daß du ihn bringst, den Friedensmorgen,
Der strahlend Nacht und Tod besiegt.

Daß du in aller Welt erwecken
Die Freude wirst und Zuversicht
Und wieder sich die Arme strecken
Voll starker Hoffnung in das Licht.

Daß nach dem grimmen Spiel der Waffen
Die Arbeit wieder spricht: Voran!
Daß wir wie einst gemeinsam schaffen
In alter Treue, Mann für Mann!

Vernichtung ist des Krieges Stärke,
In den Ruinen wohnt das Grau'n.
Uns treibt's, am großen Zukunftswerke,
Vereint und froh, wie einst zu bau'n.

Und lodert noch aus dieser grimmen
Jungjahresnacht der Schlachten Ruf;
Auf wallen auch zu dir die Stimmen
Der Wünsche, die die Heimat schuf.

Die Steinindustrie im Jahre 1915.

I.

Das Jahr 1915 stand ebenfalls im Zeichen des größten aller Kriege. Welche Not die untersten Schichten des Volkes durch die Begleiterscheinungen des Weltkrieges zu ertragen haben, verspüren unsre Kollegen und deren Familien am eigenen Leibe. Die Steinindustrie und somit auch das Verbandsleben wurde durch die Kriegswirren natürlich sehr ungünstig beeinflußt. Von unsern Verbandskollegen mußten im Vorjahre an die 6000 zur Fahne eilen, so daß mit den schon früher Eingezogenen über 15 000 Kollegen Heeresdienste tun. Im Nachstehenden wollen wir nun einen kurzen Bericht geben, wie sich in den bedeutenden deutschen Steinbruchbezirken das industrielle Leben abspielt. Desgleichen sind Bemerkungen eingeflochten, wie es mit dem Verbandsleben bestellt ist.

Die Pflastersteinwerke im Bezirk Strehlen

waren nach Kriegsausbruch schlecht beschäftigt. 1915 änderte sich aber jenes Bild. Der Geschäftsgang hob sich und Aufträge waren wieder genug vorhanden. Die vorrätigen lagernden Steine wurden verladen. Auch wird sehr viel Packlage und Schotter verladen, wahrscheinlich für Heereszwecke. Die Kollegen der Firma Schall wurden wegen einer Teuerungszulage vorstellig; es erfolgte leider Abweisung. Die Lebensmittelpreise sind ins Ungeheure gestiegen. Steigerungen bis zu 200 Prozent traten ein. Die Löhne sind aber dieselben geblieben, wurden sogar zum Teil noch niedriger, indem früher eine bessere Sorte Steine gemacht wurden, die sogenannte I B, jetzt werden die besseren Sorten durch Tagarbeiter ausgesucht. Bei der Firma Völker u. Nikolai ist nach unsern Erkundigungen der Geschäftsgang flott, die Vorräte auf den Lagerplätzen sind ebenfalls gewaltig verringert und die Nachfrage nach geringen Sorten ist groß. Die Arbeitsgelegenheit bei obiger Firma scheint eine günstigere zu sein. Den Kollegen wurde zu Weihnachten eine Gratifikation gewährt. Von den genannten Firmen sind bis jetzt den Frauen der Kriegsteilnehmer vierteljährlich Unterstützungen ausgezahlt worden.

Die Granitindustrie des Striegauer Bezirks

war im Jahre 1915 gut beschäftigt. Alte Lagerbestände in geringeren Pflastersteinen wurden zum Teil geräumt. Bessere Sorten gingen weniger flott, doch war auch hier ein besserer Absatz als wie im 2. Halbjahr 1914 zu verzeichnen. Sehr guten Absatz findet das Kleinpflaster aus den Brüchen von Kalthaus, Groß-Rosen und Tschirnitz. Dieses Material konkurriert mit jedem andern des In- und Auslandes. Verschiedene Betriebsverbesserungen lassen darauf schließen, daß die Besitzer der Brüche sich für die Zukunft auf vermehrte Produktion einrichten. In den Brüchen der Firma N. Schall sind gegenwärtig an die 50 Russen mit Verlade- und Abräumungsarbeiten beschäftigt.

Was von der Pflastersteinindustrie gesagt werden kann, gilt auch für die Werksteinindustrie. Die Unternehmer klagten oft über den Mangel an gelernten Arbeitskräften. Einige Unternehmer widmen auch der Lehrlingsfrage eine ziemliche Aufmerksamkeit, doch steht die Mehrzahl dieser Frage gleichgültig gegenüber. In den Monaten November und Dezember mußten infolge eines dringenden größeren Auftrages in mehreren Betrieben Ueberstunden geleistet werden.

Die tariflichen Bestimmungen werden so ziemlich eingehalten; doch gibt es auch hier Außenseiter. Was soll man wohl sagen, wenn ein Polier den Arbeitern zumutet, den Quadratmeter zweiseitig 5 Zentimeter tief eingesetzt für 4.50 Mark zu bearbeiten? Daß sich die Unternehmer auch in der Kriegszeit von ihrem alten Steckenpferd der Sperre nicht trennen können, sei nur nebenbei erwähnt. Mit dem so viel gepriesenen Burgfrieden hat eine solche Maßnahme jedenfalls nichts zu tun.

In der Kriegssozialpolitik wirken die Firmen E. F. Lehmann und C. Kulmitz vorbildlich. Andre, denen der notwendige Mammon auch nicht fehlt, zeigen wenig Verständnis für die Not der Kriegerfrauen. Zu einer Teuerungszulage für die zu Hause Gebliebenen haben sich die Herren nicht aufschwingen können. Man hat ja beschlossen, „nichts" zu geben. Die Lebensmittelpreise stehen im Bezirk sehr hoch.

Große Freude unter den im Felde stehenden Kollegen hat die abermalige Unterstützungsaktion des Verbandes hervorgerufen, wie zahlreiche Zuschriften aus dem Felde dartun.

Im Elbsandsteinbezirk

ließ der Geschäftsgang auch zu wünschen übrig. Durch die glatte Bauweise können die Sägereien den Steinmetzen immer mehr ersetzen. Die Werksteinindustrie hängt überdies stets davon ab, wie sich der Geschäftsgang im Baugewerbe gestaltet. Und derselbe muß ein recht schleppender genannt werden. In Dresden speziell wurde sehr wenig gebaut. Auch die Verfrachtung auf der Elbe ließ sehr stark nach, woraus zu schließen ist, daß auch in Norddeutschland die Bautätigkeit eine recht minimale war. Die Angestellten der Zahlstelle Dresden-Pirna, die Kollegen Ernst und Seidel, tun Heeresdienste, einige hundert Verbandsmitglieder aus dem Bezirk wurden schon bei Kriegsbeginn eingezogen. Darüber, daß die Firmen besondere Zuschüsse gegenüber den Familien der eingezogenen Kollegen leisten, ist aus dem Elbsandsteinbezirk nichts zu melden.

Aus dem Lausitzer Granitgebiet.

Zu Beginn des Jahre 1915 begann auch für die Zahlstelle Demitz-Thumitz die Einziehung zum Kriegsdienst derjenigen Kollegen, die dem ungedienten Landsturm angehörten. Die Zahl der in Demitz-Thumitz und Umgebung beschäftigten Arbeiter ist nun bis zum Schlusse des Jahres auf ungefähr 1300 zurückgegangen.

Der Beschäftigungsgrad war im Jahre 1915 als zufriedenstellend zu bezeichnen. Wohl lagen zu Beginn des Frühjahres größere Posten Werk- und Pflastersteine auf Lager, doch wurde fast alles im Sommer aufgeräumt.

Wie allerwärts ist auch hier eine Teuerung fast aller Lebens- und Gebrauchsmittel eingetreten. Mancher Familie ist das Durchkommen fast unmöglich gemacht worden.

Im Juli reichten die organisierten Kollegen bei den Unternehmern den Antrag um Gewährung einer Teuerungszulage ein. Diesem Ersuchen haben die Arbeitgeber nicht stattgegeben.

Wie bereits im Jahre 1914 hat auch die Wiederholung, den Kollegen eine Familienunterstützung durch den Verband auszuzahlen, Befriedigung unter den hiervon Betroffenen hervorgerufen.

Wie bis jetzt bekannt ist, wollen die Unternehmer dem Punkt 1 unsrer Eingabe vom 11. Oktober zustimmen. Das bedeutet das Fortbestehen des jetzt gültigen Tarifs. Dann hatten die Kollegen abermals eine Teuerungszulage gefordert. Es ist zu hoffen, daß diesem Wunsche auch noch Rechnung getragen wird. Geben die Unternehmer doch in ihrer Zeitschrift in dem Artikel „Die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege" selbst zu, daß eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wohl nicht so bald eintreten werde.

Der Verband hat sich sehr gut gehalten; allzuviel Abtrünnige haben wir erfreulicherweise nicht zu verzeichnen. Der Tarif brachte es doch immerhin mit sich, daß in den abgelegenen Orten der Lausitz die Löhne nicht gekürzt wurden. An Ansätzen hierzu hat es allerdings nicht gefehlt. Nach dem Kriege wird sicherlich unsre Industrie noch einen größeren Aufschwung nehmen, weil das Gebiet sehr günstig gelegen ist, um erfolgreich in Norddeutschland konkurrieren zu können.

Im Bautzner Granitgebiet

haben die Heereseinziehungen große Lücken gerissen. Es waren im Bezirk besonders viele Oesterreicher beschäftigt. Und so war es erklärlich, daß im Berichtsjahre sogar großer Arbeitermangel zu verzeichnen war. Allerdings, der Verdienst ließ zu wünschen übrig, weil leider nicht mehr die großen Werkstücke wie vor einigen Jahren angefertigt werden. Wegen einer Teuerungszulage haben die Kollegen ein dementsprechendes Gesuch eingereicht. Die Unternehmer stellen sich anscheinend nicht ablehnend, aber sie verlangen, daß auch im Wurzner Gebiet eine Zulage gegeben wird. Wir hoffen, daß es sich hier nicht bloß um diplomatische Schliche handelt. Wobei zu bemerken ist, daß sich die Wurzner Betriebe allerdings sehr gut rentieren. Die Kollegen im Wurzner Gebiet können aber daraus ersehen, wie notwendig der Verband gerade in dieser schweren Zeit ist.

Im Gau Hannover

war der Geschäftsgang im allgemeinen normal. In der Baubranche war gute Beschäftigung in Osterholz und auch in Langelsheim. In Osterholz fehlte es im Berichtsjahr an Steinmetzen. In Grabstein setzte die Konjunktur schon im Februer ein und hielt sich bis zum Schluß des Jahres und die Aussichten sind auch für nächstes Frühjahr zufriedenstellend. In poliertem Granit konnten die Anforderungen stellenweise gar nicht befriedigt werden. Der Arbeitermangel infolge der starken Einberufung war recht empfindlich. Im Rohgranit dagegen war der Geschäftsgang flau, die Gemeinden haben sich, da der Krieg immer länger dauerte, noch mehr eingeschränkt und nur das Nötigste wird im Straßenbau vorgenommen. In der Pflastersteinindustrie war gute Konjunktur, hier müssen die Kriegsgefangenen aushelfen und werden zu Hunderten beschäftigt. Nur in Ebendorf und im Südharz fehlte es an Aufträgen. In der Marmorindustrie fehlte es auch nur in einigen Geschäften an Aufträgen, im allgemeinen war der Geschäftsgang gut. Einige Betriebe sind aber auch ganz zum Stillstand gekommen, weil erst alle Arbeiter, dann aber auch die Unternehmer zu den Fahnen einberufen wurden.

Nicht zufriedenstellend ist das Entgegenkommen der Unternehmer in Anbetracht der Steigerung der Lebensmittelpreise. Hier sind es nur einzelne, die freiwillig ihren Arbeitern etwas entgegenkamen, und meistens im Grabstein, z. B. in Oldenburg pro Woche 4.50 Mk., in Halberstadt pro Stunde 5 Pfg. Auf Antrag der Arbeiter wurde noch Teuerungszulage gewährt in Westerode 6 Prozent, in Gommern seit Ende Oktober für die Tagelöhner 2 Pfg. pro Stunde. Abgelehnt wurde die Teuerungszulage in Hamburg von den Unternehmern auf Grund des Beschlusses im Bauarbeitgeberverband. Die Unternehmer im Baugewerbe halten bekanntlich die Löhne ihrer Arbeiter auch jetzt noch für auskömmlich, aber auch hier wächst die Zahl derjenigen, die eine Teuerungszulage für unbedingt notwendig halten.

Die Lebensmittelpreise sind im Hannover-Gau beinahe so hoch wie im Rheinland und sind für die Arbeiter in den Städten kaum noch erschwinglich, dazu kommt noch das Fehlen von Fettwaren und die Kartoffelnot.

Und so ist es erklärlich, daß alle Unterstützungsaktionen des Verbandes freudig begrüßt wurden. Unsere Kollegen im Felde, die ja alle wissen und oft dafür gestritten haben, daß unsere Geldmittel vorzugsweise zum Kampf für die Besserstellung der Lebenslage verwendet werden sollen, erkennen besonders freudig die Weitherzigkeit des Verbandsvorstandes an, zumal sie alle von der Teuerung unterrichtet sind. Viele Tausende von Aeußerungen sind vorhanden, in welchen dem Verband unverbrüchliche Treue gelobt wird.

Die Verbandstätigkeit und das Versammlungsleben hat in den Zahlstellen durch den langen Krieg leider schwer gelitten. Der ununterbrochene Wechsel der Verwaltungspersonen durch die zahlreichen Einberufungen brachte in vielen Fällen die Verwaltungsgeschäfte ins Stocken, da sich besonders unter den älteren militärfreien Kollegen sehr wenige finden, die noch Lust haben, irgendwelche Verbandstätigkeit auszuüben. In vielen Fällen fehlts zwar nicht am guten Willen, aber das Können langt beim besten Willen nicht zu und hier ists nötig, daß die Aufforderung des Verbandsvorstandes, daß sich die Revisoren mehr betätigen sollen, mehr Beachtung findet. Wenn unsere Kollegen aus dem Felde zurückkehren, so werden sie mit Recht darauf hinweisen können, daß das bißchen Zusammenhalten und Verwalten der Zahlstellen ein sehr leichtes Stück Arbeit ist, gegenüber den Strapazen und Lebensgefahren im Felde.

Die Münchner Kollegen

hatten zu Anfang des Vorjahres unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden. Es griff in anerkennenswerter Weise der Verband mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein, wodurch manche bittere Not gemildert wurde. Ende April gab es einen großen Umschwung in der Konjunktur. Hauptsächlich ging es in der Grabsteinbranche sehr flott. Zugleich stiegen aber auch die Lebensmittelpreise in unerhörter Weise. Auf eine Eingabe von uns, um Gewährung einer Teuerungszulage, hatten die Arbeitgeber kein soziales Verständnis. Die Antwort derselben an uns ist in Nummer 28 des „Steinarbeiters" 1915 zu lesen. Bis Ende des Jahres war nun erfreulicherweise der Geschäftsgang ein sehr guter und ist nur zu hoffen, daß derselbe auf die Dauer anhält. Die Ortsverwaltung gab sich die größte Mühe, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, was wohl in Hinsicht der Lage nicht immer leicht war. Der Burgfrieden wurde von beiden Seiten in bezug auf den Tarif gewahrt.

Teuerung und Tarifverträge.

Die vertragliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat, wie männiglich bekannt, ein doppeltes Gesicht. Sie ist für die Arbeiterschaft günstig, wenn sie die Unternehmer hindert, eine Zeit wirtschaftlichen Niedergangs zu Lohnkürzungen und andern Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses auszunutzen, sie ist ihnen lästig, wenn Zeiten gewerblicher Blüte Verbesserungen ermöglichten, auf die man jedoch infolge der vertraglichen Bindung verzichten muß. In diesem Falle gleichen Arbeiterschaft und Unternehmertum den beiden Halbkugeln der Erde: was für die eine Sonnenaufgang ist, ist für die andre Morgendämmerung — wat den einen sin Uhl, is den annern sin Nachtigall.

Auf dieser Zwiespältigkeit der Tarifverträge beruht jedoch im Grunde genommen ihre Existenz. Würden sie dem einen Teil nur Feigen, dem andern aber Distelköpfe bieten, so wären sie überhaupt nicht möglich. Man hat die Tarifverträge nicht ganz mit Unrecht ein notwendiges Uebel genannt. Das Wort ist zwar sehr einseitig, weil es nur die lohnbildende Wirkung der Tarifverträge kennzeichnet und ihre Bedeutung für die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses außer acht läßt, aber in dieser Begrenzung spricht es aus, was ist. Beide, Arbeiter wie Unternehmer, schätzen die Tarifverträge in erster Linie des Schutzes wegen, den sie dem Arbeitsverhältnis vor willkürlichen Eingriffen des andern Teils gewähren. Die Arbeiter wollen den mühsam erreichten Stand der Löhne vor den herabdrückenden Tendenzen der Wirtschaftskrisis sicherstellen, die Unternehmer wollen die Ausnutzung guter Geschäftszeiten zu Lohnsteigerungen verhindern und sich für eine bestimmte Zeit einen verläßlichen Arbeitsfrieden sichern, der den Erwerb vor Störungen bewahrt.

Zu diesen grundlegenden Voraussetzungen des Tarifvertrags sind jedoch im Laufe der nun schon zwei Jahrzehnte umfassenden Entwicklung verschiedene andre Interessen getreten, die die Organisationen beider Teile mit den Tarifverträgen verbinden. So einmal die Stärkung, die die Stellung der Organisation als Träger des Arbeitsverhältnisses im Gewerbe erfährt; weiter die Möglichkeit, in die frühere Anarchie der von Ort zu Ort wechselnden Arbeitsbedingungen Ordnung zu bringen und überlieferte Unterschiede in Lohn und Arbeitszeit, die im Laufe der Zeit jeden Sinn und jede Berechtigung verloren hatten, zu beseitigen und nach vernünftigen sozialen Gesichtspunkten auszugleichen; schließlich aber für die Arbeiter die Aussicht, durch den Tarifvertrag der Unternehmerwillkür den Weg zu verlegen und das Arbeitsverhältnis auf die Grundlage der Gleichberechtigung beider Partner zu stellen, soweit das bei der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln möglich ist. Neben diesen Interessen, die ja hauptsächlich auf Arbeiterseite liegen, spielen Bestrebungen der Unternehmer eine gewisse Rolle, die an dem Aufkommen der Tariffreundschaft in Unternehmerkreisen einen nicht geringen Anteil haben. Man sah und sieht in Tarifverträgen, die sich auf beiderseitige zentrale Organisationen stützen, ein Mittel, den Arbeitskämpfen eine Ausdehnung zu geben, die so hohe Anforderungen an die Kampfkraft der Gewerkschaften stellt, daß schon davon eine die Kampflust dämpfende Wirkung ausgeht.

In diesen beiderseitigen Interessen und Strebungen ist der feste Grund gegeben, auf dem das Tarifvertragswesen beruht. Er hatte sich, obwohl dem Tarifvertrag eine formalrechtlich bindende Kraft fehlt, in Friedenszeiten als stark genug erwiesen, um auch verhältnismäßig harte Proben zu bestehen. Er zeigte sich aber auch stark genug, um in der Feuerprobe der Kriegszeit standzuhalten. Als sich in den ersten Wochen des Krieges Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften in der Versicherung zusammenfanden, auch jetzt, wo alle Grundlagen der Friedenswirtschaft wankten, an den geschlossenen Verträgen festzuhalten, tat sich darin eine Stärke des Tarifgedankens kund, die man noch vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten hätte. In jener Zeit der jähen Stockung in Handel und Wandel, wo viele Hunderttausende aus der gewohnten Arbeit herausgeschleudert waren, kam diese Sicherung der Verträge zunächst und zumeist den Arbeitern zugute. Bald jedoch änderte sich das Bild. Die Einberufungen zum Heeresdienst auf der einen, der Aufbau einer spezifischen Kriegsindustrie auf der andern Seite entlasteten den Arbeitsmarkt. Wich die Stockung der Produktion auch für einige Industrien, die durch die Unterbindung des Ueberseehandels lahmgelegt sind, bestehen, so überwog aber doch bald eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften.

Jetzt hörte die vertragliche Bindung des Arbeitsverhältnisses auf, eine Gunst für die Arbeiter zu sein, jetzt wurde sie zu einem Hindernis, die günstige Lage des Arbeitsmarktes auszunutzen. Aber selbstverständlich fühlten sich die Arbeiter und ihre Organisationen verpflichtet, die Tarifverträge innezuhalten. Zu der Knappheit der Arbeitskräfte kam alsbald die steigende Teuerung, für die ein Ausgleich fehlte. Hier und da gelang es, die Unternehmer zur Gewährung von Teuerungszulagen zu bestimmen. In vielen Fällen wären diese Bemühungen jedoch vergeblich. Das war eine weitere schwere Probe der Festigkeit des deutschen Tarifvertragswesens. Nicht überall fiel sie gleichmäßig aus. Zu den Gewerben, die hierbei vollständig versagten, gehört auch das Baugewerbe, dessen Unternehmerorganisation nicht nur die Vereinbarung einer Teuerungszulage von Organisations wegen ablehnte, sondern ihren Mitgliedern die Zahlung von Zulagen strikte verbot und mit Strafen bedrohte — eine Drohung, die tatsächlich ausgeführt wurde. Diese Erscheinung ist sehr bedauerlich, insbesondere darum, weil gerade das Tarifwesen des Baugewerbes als ein verheißungsvoller Kristallisationskern neuzeitlicher Arbeitsverfassung angesehen wird. Sie ist natürlich nach dem formalen Vertragsrecht nicht zu beanstanden, aber um so mehr ist sie eine Verleugnung des Geistes, der dem Vertragswesen innewohnt: die freie Vereinbarung des Tarifvertrags artet hier, wo alle Voraussetzungen der tariflichen Lohnsätze von Grund aus geändert sind, zu einer Vergewaltigung des einen Teils aus. Das den Arbeitern ungünstige Gesicht des Tarifvertragswesens hat sich ihnen hier in so schreckhaften Zügen gezeigt, daß der dadurch hervorgerufene Eindruck auf lange Zeit unverwischbar sein wird.

Dieser Vorgang ist von mehr als nur theoretischem Interesse. Das Baugewerbe steht vor dem Ablauf der Tarifverträge. Am 31. März des nächsten Jahres werden die Reichstarifverträge für das Hochbaugewerbe, das Malergewerbe, den Betonbau und die Bezirkstarife für das Stuklateurgewerbe ihre Geltung verlieren und es wird sich nun darum handeln, was nach diesem Zeitpunkt gelten soll. Es ist klar, daß der Verlauf dieser Angelegenheit eine Bedeutung hat, die weit über den Kreis der unmittelbar beteiligten Arbeiter hinausreicht. Jetzt soll sich zeigen, ob hinter den hochklingenden Reden von der Solidarität aller Volksklassen auch der tatbereite Wille steht, den Arbeitern die ungeheure Last zu erleichtern, die die Begleiterscheinungen des Krieges auf ihre Schultern gelegt haben. Die sozialistisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft redet sich keinen Augenblick ein, daß der Geist der Einmütigkeit in der Abwehr der äußeren Gefahren von Land und Volk seinen Interessenkonflikten mit dem Unternehmertum auch nur einen Schatten an Schärfe nehmen würde, aber sie steht in der Teuerung, die sie heute bedrückt, ein Opfer, das sie der Sache des Landes bringt, und sie glaubt, daß, wenn irgendwo, dann hier die Solidarität der Klassen gegenüber den Nöten der Kriegszeit zur Tat werden muß.

Vergegenwärtigen wir uns die Opfer: Nach den Wirtschaftsberechnungen minderbemittelter Familien, die das Reichsamt für Arbeiterstatistik im Jahre 1909 herausgab, verbraucht eine Familie mit einem Einkommen von 1200—1600 Mk. durchschnittlich 54,5 Prozent dieses Einkommens für Nahrungs- und Genußmittel auf. Ein Bauarbeiter kann es bei 60 Pfg. Stundenlohn auf ein Jahreseinkommen von 1123 Mk. bringen, er kann also 717 Mk. für die Ernährung seiner Familie aufwenden. Besteht diese Familie auch nur aus vier Köpfen, so konnte sie schon vor dem Kriege, im Juli 1914, nur knapp 60 Prozent der Kalwerschen Standardration damit bezahlen. Legen wir aber die Lebensmittelpreise vom September 1915 zugrunde, so muß sich diese Familie mit 37,4 Prozent der Normalration begnügen. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß diese Normalration, obwohl sie der Verpflegung des deutschen Marinesoldaten entspricht, niemals von Arbeiterfamilien konsumiert wird. Darauf kommt es hierauch gar nicht an. Es handelt sich hier nur um die zahlenmäßige Erfassung der durch die Teuerung herbeigeführten Verschlechterung in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Sie ist in diesen Zahlen gegeben. Setzen wir die 60 Prozent der Standardration, die die Arbeiterfamilie vor dem Kriege verzehren konnte, gleich 100, so berechnet sich ihr heutiger Konsum auf 63, also auf weniger als ⅔ der früheren Nahrungsmenge. Das ist das Ergebnis.

Um es kurz zu sagen: Es ist für die Zukunft des Tarifvertrags von hervorragender Bedeutung, ob es gelingt, den Arbeitern auch nur annähernd einen Ausgleich für diesen Ausfall zu schaffen. Es gehört aber nicht viel Witz dazu, um zu begreifen, daß es bei dieser Entscheidung um mehr geht, als nur um die Stellung der Arbeiterschaft zu den Tarifverträgen.

* * *

Die Regierung will im Baugewerbe vermitteln.

Der Staatssekretär des Innern hat am 19. November 1915 folgendes Schreiben an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gerichtet:

„In höherer Instanz habe ich die Entwicklung der Verhältnisse unter dem geltenden Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, der in der Kriegszeit eine besondere Bedeutung gewonnen hat, verfolgt. Gegenstand meiner ernsten Aufmerksamkeit ist nunmehr der Ende März 1916 bevorstehende Ablauf des Vertrags. Es liegt meines Erachtens im öffentlichen Interesse, daß der Eintritt einer tariflosen Zeit vermieden wird. In der festen Ueberzeugung, mit dieser Ansicht bei Arbeitgebern und Arbeitern des Baugewerbes Zustimmung zu finden, glaube ich, daß die beiderseitigen Verbände bereit sein werden, mitzuwirken, um dieses Ziel zu erreichen.

Zunächst wäre es mir von Wert, zu erfahren, ob bei den beteiligten Verbänden bereits Schritte eingeleitet worden sind, um dem mißlichen Zustand der Tariflosigkeit vorzubeugen, und was etwa auf diesem Gebiete geschehen ist. Jedenfalls halte ich es für unbedingt erforderlich, daß alsbald jeder Verband für sich zu der Frage Stellung nimmt, ob er zur Teilnahme an Verhandlungen der bisherigen Vertragsparteien über eine Verlängerung oder Erneuerung des Tarifvertrags bereit ist. Ueber das Ergebnis dieser Beratungen ersuche ich eine Mitteilung und behalte mir ergebenst vor, wenn nötig, gemeinsame Verhandlungen der Parteien zu einem geeigneten Zeitpunkte anzuregen."

In gleicher Weise hat der Staatssekretär des Innern auch Tarifverhandlungen im Malergewerbe angeregt. In diesem läuft der Reichstarifvertrag bereits am 15. Februar 1916 ab.

Die Regierung scheint sich nun darüber klar zu sein, daß es sich hier um eine sehr wichtige sozialpolitische Frage handelt.

Der Zusammenschluß der steinindustriellen Verbände.

Wir haben im „Steinarbeiter" schon des öfteren darauf hingewiesen, daß sich die verschiedenen Verbände, welche in der Steinindustrie bestehen, verschmelzen wollen. Als Führer in dieser Richtung waren besonders tätig Herr Schedler-Schwarzenbach und der verstorbene Granitindustrielle Herr Kerber-Blichberg. Nun hat am 18. November in Berlin eine Sitzung des Verbands deutscher Steinmetzgeschäfte stattgefunden, in welcher die Frage der Verschmelzung in eingehender Weise zur Erörterung gebracht wurde. Als Referent fungierte Herr Frischmut, zweiter Direktor der Kulmitzschen Granitwerke zu Striegau. Er führte laut „Steinbruch" zu dem Thema folgendes aus:

„Schon auf dem Delegiertentag in Leipzig am 15. September 1913 wurde nachgewiesen, daß ein Zusammenschluß der verschiedenen Verbände der Steinindustrie, von denen ungefähr 25 in Deutschland vorhanden sind, eine zwingende Notwendigkeit sei.

Zunächst hat sich die deutsche Steinindustrie bei ihrer jetzigen Organisation gegenüber den Behörden noch nicht die notwendige Geltung verschaffen können, so z. B. sei diese Industrie weder in den Tarifausschüssen der Eisenbahn noch in dem wirtschaftlichen Ausschuß, dem die Behandlung der belgischen Frage obliegt, ausreichend vertreten. Auch gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen sei die Zersplitterung ein Nachteil, der behoben werden könne und müsse. Durch die Zersplitterung fehle auch dem Verbandswesen bis jetzt das finanzielle Rückgrat, wie es wünschenswert und erreichbar sei. In der deutschen Steinindustrie wurden in den Jahren vor dem Kriege etwa 130 Millionen Mark jährlicher Lohnsummen gezahlt, wovon unser Verband etwa 30 Millionen Mark vertrete; demgegenüber müsse es angestrebt werden, wenigstens die Hälfte der gesamten Lohnsumme in einem starken Verband zu vereinigen.

Um das zu erreichen, sind die bekannten Verhandlungen mit den andern Verbänden gepflogen worden und die Delegiertenversammlung hat 1913 den Vorstand unsres Verbands ermächtigt, die dazu nötigen Aenderungen der Satzungen und der Verbandsbezeichnung vorzunehmen.

Im Juni 1914 lag von den stärksten Verbänden die grundsätzliche Zustimmung zum Zusammenschluß mit uns vor, aber durch den Kriegsausbruch sind die Fusionsverhandlungen leider ins Stocken geraten. Bei der langen Dauer des Krieges können wir aber unmöglich bis zum Friedensschluß mit der Regelung der Frage warten, zum mindesten können wir die Satzungen gleich beschließen. Natürlich dürfen daran keine grundlegenden Aenderungen vorgenommen werden, weil sonst die Fortführung der Verhandlungen mit den andern Verbänden erschwert oder ganz unmöglich gemacht würde. Für einzelne redaktionelle Aenderungen ist aber immer noch Raum. Der Vorstand hätte nach dem Beschluß von 1913 ohne weiteres das Recht gehabt, diese Satzungen zu beschließen und eintragen zu lassen, er hat es aber unter den jetzigen Verhältnissen doch für angebracht gehalten, den vorliegenden Satzungsentwurf der Delegiertenversammlung noch einmal vorzulegen, um einzelne Wünsche hinsichtlich der Aufstellung der Paragraphen zu berücksichtigen.

Seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Zusammenschluß hat erklärt der Verein Deutscher Pflaster- und Hartsteinindustrieller, dessen Lohnsumme 17 Millionen Mark beträgt. Er hatte im Juni 1914 offiziell seine Auflösung beschlossen, aber des Krieges wegen noch nicht durchgeführt. Ferner der Verband Westdeutscher Steinbruchbesitzer, der rheinisch-westfälische Steinmarkt, der Verein der Steinbruchbesitzer des Halleschen und Löbejüner Bezirks und der Verband der Steinbruchbesitzer in der Amtshauptmannschaft Grimma und im Kreise Torgau. Auf Schwierigkeiten ist die Zustimmung der Mitglieder beim Verband der Basaltindustrie des Westerwalds gestoßen, und zwar wegen starker persönlicher Gegensätze zwischen den Leitungen dieses Verbands und des Verbands Westdeutscher Steinbruchbesitzer. Hoffentlich werden sich auch diese Gegensätze mit der Zeit noch beseitigen lassen."

Hierauf wird in eine eingehende Durchberatung des vorliegenden Satzungsentwurfs eingetreten, der auf Grund der Verhandlungen mit den vorerwähnten Verbänden aufgestellt ist. An den Erörterungen beteiligen sich die Herren: Meyer-Straßburg, Lüders-Rostock, Jaeger-Friedensfels, Spitzbarth-Dresden, Klein-Osnabrück, Aschenbrenner-München, Dreyling-Danzig, Brecheis-Hof, Renker-Berlin, Wandrey-Oberstreit, sowie der Vorsitzende und der Referent.

In der nun folgenden Abstimmung wird der Satzungsentwurf unter Berücksichtigung der in der Verhandlung vorgenommenen Aenderungen und Zulassung weiterer rein redaktioneller kleiner Aenderungen durch den Vorstand einstimmig genehmigt.

Die Bezeichnung des Verbands lautet hiernach von jetzt an: „Deutscher Steinindustrie-Verband E. V. Berlin."

Die Verschmelzungsbestrebungen haben nun zu einem definitiven Ergebnis geführt, der deutsche Steinindustrie-Verband ist perfekt. Herr Frischmut hob besonders den Nachteil hervor, den der bisherige Zustand gegenüber den Arbeiterverbänden gehabt hat. Mit andern Worten, der Referent meint, den Arbeitern könnte man in Zukunft bezüglich ihrer Forderungen mit mehr Nachdruck entgegentreten. In der Sitzung beschäftigte man sich auch mit der Anstellung eines Geschäftsführers, der bisherige, Herr Düßler, verstarb vor einiger Zeit. Die Wahl eines neuen Leiters wurde bis nach dem Kriege verschoben. Wir wollen bemerken, daß uns die vollbrachte Neugründung absolut nicht beunruhigt.

Aus der Steinindustrie.

Im Granitbezirk Floß (Oberpfalz) fanden vergangene Woche Verhandlungen wegen Gewährung einer Teuerungszulage statt. Die Unternehmer machten besonders auf die ungünstige Lage der bayrischen Granitindustrie aufmerksam. Der Herr Bezirksamtmann von Neustadt, der die Verhandlungen leitete, schlug 10 Prozent vor. Die Unternehmer bewilligten dann nach einer längeren Aussprache 6 Prozent als Teuerungszulage.

Teuerungszulage im Kölner Pflastererge

Am 8. Dezember haben in Köln Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen des Pflastererge stattgefunden, die zu einem annehmbaren Ergebnis führten. Die Arbeitervertreter hatten eine Zulage von 20 Prozent auf die bisherigen tariflichen Lohnsätze zum Ausgleich der Lebensmittelteuerung beantragt; nach längeren Verhandlungen einigte man sich auf 15 Prozent. Die Lohnerhöhung gilt für den ganzen Regierungsbezirk Köln und ist durch Vertrag festgelegt bis auf die Dauer von sechs Monaten nach dem Kriege, so daß also auch die Mehrzahl der Arbeiter, die sich heute noch in Schützengräben befinden, teilhaben an der Lohnerhöhung. Sie haben vor allem nicht zu befürchten, daß mit dem Zurückströmen der Feldgrauen in die früheren Arbeitsstellen gar eine Lohnherabsetzung eintritt. Die Mitglieder, die davon profitieren, gehören zum weitaus größten Teil dem Steinsetzerverband (Sitz Berlin) an.

Der Vertrag kann innerhalb drei Mon gekündigt werden; unterbleibt die Kündigung Jahr länger.

Bauprojekte. In B[illwärder] wird ein neue — Hamburg baut im Freihafengebiet eine Eis 5½ Millionen Mark. Desgleichen wird Ha bauten ausführen; es ist anzunehmen, daß Steinindustrie große Aufträge zufallen. I industriellen dürfen allerdings mit ihren warten bis es zu den Ausschreibungen kommt, daß auch die Aufträge nach Norden wande Westpreußen werden eine Reihe Militärbaut davon wird die Steinindustrie profitieren.

Bekanntmachungen des Zentr

Mit Jahresbeginn werden neue Re Farbe) ausgegeben. Der Versand geschieht a stellen, welche Reiseunterstützung auszahlen. sind von den Ortsverwaltungen einzuziehen.

Allgemeine Bekanntma

Buchs. Das Buch des Kollegen Ernst loren. Dasselbe ist an K. Raithel abzugeben.

Adressen-Aenderun

Duisburg. Vors.: Fritz Hirschler, C. v. Ryswyk, Bahnheimer Str. 14.

Versammlungskalen

Alsleben. Am 8. Januar Versammlu Muckrena.

Briefkasten.

Zahlstellen, die auf den nebenstehenden „E gang 1915 reflektieren, mögen uns sofort M D

Anzeige

Tüchtige Granitsteinmetzen
stellt sofort ein
Granitwerk Keil & Co., Dres
Leipziger Strasse 31.

Tücht. Steinmetzen,
Hand- u. Maschine
für dauernde Arbeit sofort g
Bayerische Marmorwerke,

1-2 Handschleifer
auf Granit
in dauernde Beschäftigung bei guten freier Wohnung und Heizung sofort gesu
Franz Schil
Lehmen

Bei den Hartsteinwerken „Vu im Kinzigtal finden
Steinbrucharbeiter
dauernde Beschäftigung. Verdienst je nach lohn und derzeitig 8stündiger Arbeitszeit pro Tag, später nach zirka zwei Monaten Arbeitszeit Verdienst noch höher.

Energ. Bruch-Au
der im Brechen bewandert, für einen Gran sofort gesucht. Näheres durch die Expedition

Im Felde gefa

sind nachstehende Kollegen:

Christian Grieshammer, geb. 32 Jahre alt; **Hans Lottes,** lamitz, 33 Jahre alt; aus der **Schwarzenbach.**

Joseph Krause, 28 Jahre alt, a **Wünschelburg.**

Reinhold Hiller, 29 Jahre alt **stelle Wechselburg.**

Wilhelm Köhler, 22 Jahre **Haupt,** 22 Jahre alt; **Wi...** 30 Jahre alt; sämtlich aus der **Zahlstelle Hasserode.**

Hermann Schenk, 40 Jahre alt, aus der **Zahlstelle Striegau.**

Franz Hohemann, 35 Jahre alt, aus der **Zahlstelle Königsberg.**

Friedrich Lütge (Unteroffizier und Inhaber des Eisernen Kreuzes), 37 Jahre alt, aus der **Zahlstelle Lüneburg.**

Reinhold Baumgart, 25 Jahre alt, aus der **Zahlstelle Mühlhausen** (Thür.).

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Langensalza der Kalksteinmetz **Friedrich Hirt,** 19 Jahre alt, an einem Lungenleiden.

In Nürnberg am 22. Dezember der Sandsteinarbeiter **Max Art,** 48 Jahre alt, an Wassersucht.

In Löbitz am 13. Dezember der Basaltarbeiter **Johann Langheinrich,** 47 Jahre alt, an Lungenentzündung.

In Zinnhain am 11. Dezember der Basaltarbeiter **Heinrich Gilow,** 32 Jahre alt, an Leberkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.